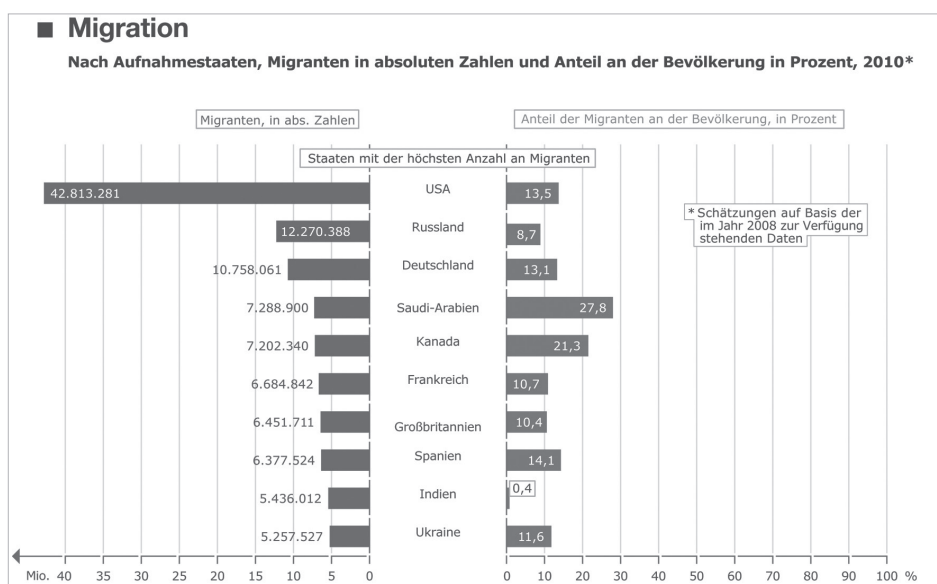




Der 18. Dezember ist der Internationale Tag der Migranten



Am 18. Dezember 1990 wurde die Internationale Konvention zum Schutz der Rechte aller Migranten und ihrer Familienangehörigen von der UN-Vollversammlung angenommen. Sie ist der primäre internationale Standard mit dem Regierungen ihre nationalen gesetzlichen Schutzmechanismen messen sollten.

Die Konvention selbst ist jedoch noch nicht in Kraft getreten, da von den 20 nötigen Ratifizierungen bis jetzt nur 17 zustande gekommen sind. Im Dezember 2000 hat die UNO den Ersten Internationalen Tag der Migranten ausgerufen.

Migrationsgeschehen weltweit

Nach Angaben des UN/DESA lebten Mitte 2010 weltweit 213,9 Millionen

Menschen in Staaten, in denen sie nicht geboren sind. Zehn bzw. zwanzig Jahre zuvor lag die Zahl noch bei 178,5 bzw. 155,5 Millionen. Die Anzahl der Staaten, in denen mehr als eine halbe Million Migranten leben, hat sich zwischen 1990 und 2010 von 57 auf 64 erhöht.

51,7 Prozent aller Migranten lebten im Jahr 2010 in nur zehn Staaten – allein in den USA (42,8 Mio.), Russland (12,3 Mio.) und Deutschland (10,8 Mio.) lebten zusammen 30,8 Prozent aller Migranten.

Weltweit hatten die Migranten Mitte 2010 einen Anteil von 3,1 Prozent an der Bevölkerung (1990: 2,9 Prozent).

Nach Prognosen des UN/DESA wird die Nettozuwanderung in die

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Viele ehrenamtliche Menschen mit Migrationshintergrund tragen in unsere IG Metall für eine gute Arbeit bei. Sie übernehmen Verantwortung und opfern Ihre Freizeit, um bessere Bedingungen sowohl bei der Arbeitswelt als auch in der Gesellschaft für unsere Kolleginnen und Kollegen zu ermöglichen. Das ist in vielen Fällen mühsam und man braucht meistens einen langen Atem und vor allem viele Mitstreiter, die sich für die gleiche Sache einsetzen.

Die größte Herausforderung für mich ist, die Gleichstellung von Migrantinnen und Migranten in allen Schichten unserer Gesellschaft. Ob Menschen das wahrhaben wollen oder nicht: Es gibt in vielen Bereichen des Lebens eine strukturelle Diskriminierung von MigrantInnen. Diese Diskriminierung findet nicht nur in den unteren Schichten der Gesellschaft statt, sondern auch bei Akademikern mit besten Abschlüssen.

Die Verantwortlichen mit Personalentscheidungsaufgaben sollten daher unbedingt mit Interkulturellen Kompetenzen ausgestattet werden. Ansonsten droht Deutschland ein Verlust von gut ausgebildeten Menschen. Sie bewerben sich, werden abgelehnt, verlassen Deutschland als Beispiel, Richtung Türkei, weil sie dort viel bessere Bedingungen angeboten kriegen. Dieser so genannte Brain Drain hat negative Wirtschaftsfolgen für Deutschland.

Als Sprecher des Bezirksmigrationsausschusses der IG Metall Baden-Württemberg setze ich mich für bessere Bedingungen für alle MigrantInnen ein. Dabei denke ich auch an die Menschen ohne Papiere. Sie verdienen auch ein gutes Leben.

In diesem Sinne viel Erfolg an die MiFo-Redaktion.



Bülent Bengi
Sprecher Migrationsausschuss
IG Metall Baden-Württemberg

Fortsetzung auf Seite 2

ökonomisch entwickelten Staaten in den Jahren 2010 bis 2050 bei insgesamt 96 Millionen liegen – das sind durchschnittlich 2,4 Millionen Migranten pro Jahr. Von diesen 2,4 Millionen Migranten werden schätzungsweise 1,1 Millionen auf die USA, 214.000 auf Kanada, 174.000 auf Großbritannien, 170.000 auf Spanien, 159.000 auf Italien, 110.000 auf Deutschland sowie jeweils 100.000 auf Australien und Frankreich entfallen.

Auf der anderen Seite werden die meisten Migranten aus Mexiko (-334.000), China (-309.000), Indien (-253.000), den Philippinen (-175.000), Pakistan (-161.000), Indonesien (-156.000) sowie Bangladesch (-148.000) stammen. Eine besondere Variante der Migration findet sich bei hochqualifizierten Personen aus ökonomisch sich entwickelnden Staaten, die das eigene Land verlassen oder nach entsprechender Ausbildung im Ausland nicht wieder zurückkehren.

Dieser sogenannte ‚brain-drain‘ gefährdet die ökonomischen Entwicklungschancen der betroffenen Staaten. Nach Angaben der International Labour Organization (ILO) verliert beispielsweise Afrika jedes Jahr 20.000 Hochqualifizierte an das Ausland. Der wirtschaftliche Schaden wird dabei auf 4 Milliarden US-Dollar pro Jahr geschätzt.

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung, www.bpb.de

MiFo unterwegs... mit Bilkay Öney auf der bezirklichen Migrationsausschuss-Klausur

„Leiharbeit ist integrationshemmend“

Sie hatte sich extra Zeit für den bezirklichen Migrationsausschuss der IG Metall Baden-Württemberg genommen: Bilkay Öney, Ministerin für Integration des Landes Baden-Württemberg, war zu Gast auf der Klausur des Ausschusses in Mosbach.

In ihrem Input-Referat hat die SPD-Politikerin sich für einen Bildungsaufbruch und eine Bildungsreform im Land stark gemacht. Die frühkindliche Bildung und Ganztagschulen müssten ausgebaut werden, damit alle Kinder und Jugendliche, egal welcher Herkunft, die gleiche Startchancen in eine Zukunft haben. Der berufliche Aufstieg gelinge nur durch Bildung.

Öney lobte in diesem Zusammenhang den Tarifvertrag der IG Metall, KQG. Dies sei ein guter Ansatz. Gerade vor dem Hintergrund eines Fachkräftemangels müsste das Thema Weiterbildung stärker in den Fokus treten. In diesem Zusammenhang erwähnte Öney, dass man im April nächsten Jahres sich mit dem Thema Bildungsurlaubsgesetz beschäftigen wolle. Auch müssten im Ausland erworbene Abschlüsse in Deutschland anerkannt werden.

Da hat sich zwischenzeitlich etwas



Bilkay Öney, Integrationsministerin des Landes Baden-Württemberg stellte sich auf der bezirklichen Migrationsausschuss-Klausur den Fragen der Metallerrinnen und Metaller.

getan: der Bundesrat hat dem Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen zugestimmt.

„Leiharbeit ist aus meiner Sicht kein gutes Instrument - weder migrations- noch integrationspolitisch“, sagte Öney. Es sei sogar integrationshemmend und schaffe eine Zwei-Klassen-Gesellschaft. Insofern ist das eigentliche Ziel, durch Leiharbeit kurzfristige Auftragsspitzen abzuarbeiten, verfehlt worden. Sie sprach sich für einen gesetzlichen Mindestlohn und für Equal Pay aus.

In Bezug auf das Thema Kommunales Wahlrecht für Nicht-Eu-Bürger

sagte die Ministerin, dass man dies nicht ändern können. Eine erforderliche Zweidrittel-Mehrheit für eine Gesetzesänderung schätzt Öney als nicht machbar ein. Man wolle sich eher auf das Thema Doppelte Staatsbürgerschaft konzentrieren und die Hürden für die Einbürgerungen erleichtern. Auch habe man eine Initiative gestartet, um das so genannte Optionsmodell abzuschaffen. Aus Sicht des Integrationsministerium sei dieses Optionsmodell Schwachsinn.

Leider ist es der SPD, den Grünen und der Linken nicht gelungen mit ihren Vorstößen im Bundestag, das Optionsmodell abzuschaffen.

OECD-Studie: Situation junger Migranten in Deutschland

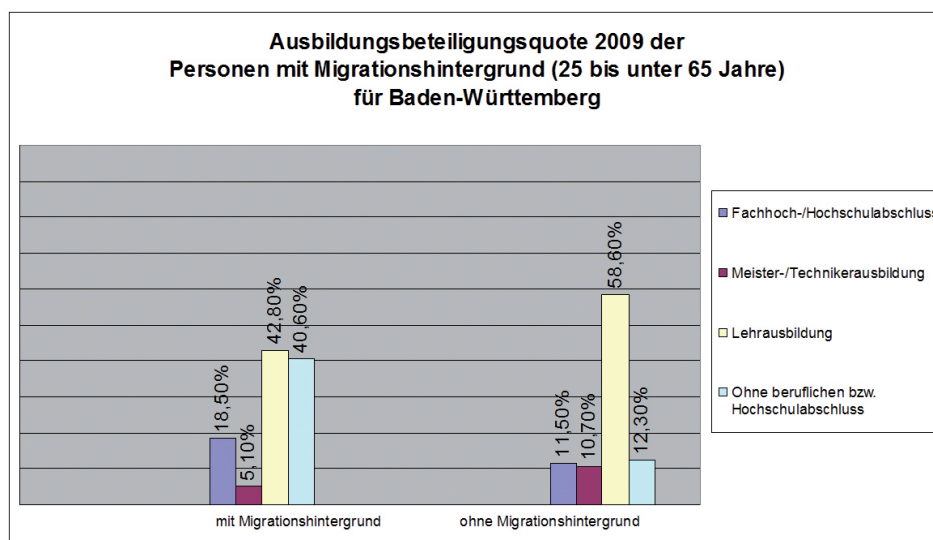
Migranten und Ausbildung

In der Berufsausbildung sind die jugendliche Migranten verglichen mit Jugendlichen ohne Migrationshintergrund wesentlich geringer vertreten. Die Ausbildungsbeteiligungsquote junger Migranten im Jahr 2009 war mit ca. 32 Prozent nur etwa halb so hoch aus wie die der deutschen jungen Menschen mit ca. 65 Prozent.

In Baden-Württemberg haben Personen mit Migrationshintergrund (25 bis unter 65 Jahre) 18,5 Fachhoch-/Hochschulabschluss, 5,1 Prozent eine Meister-/Technikerausbildung, 42,8 Prozent eine Lehrausbildung, und 40,6 Prozent verfügen über keinen beruflichen Abschluss. Bei Personen ohne Migrationshintergrund (25 bis unter 65 Jahre) hingegen haben 11,5 Prozent Fachhoch-/Hochschulabschluss, 10,7 Prozent Meister-/Technikerausbildung, 58,6 Prozent Lehrausbildung und 12,3 Prozent über keinen beruflichen Abschluss.

Die Tatsache, dass die jungen Migranten durchschnittlich niedrigere Schulabschlüsse erlangen, heißt nicht, dass die dümmer als die Jugendlichen ohne Migrationshintergrund sind, vielmehr stünden sprachliche und allgemeine Integrationsprobleme.

Junge Migranten sind in Deutschland vielfach mit einer Mischung aus schlechten Startchancen und Vorbehalten insbesondere gegenüber ihren im Ausland erworbenen aber auch gegenüber den hierzulande erlangten Bildungszertifikaten konfrontiert. Eine insgesamt niedrigere Ausstattung mit schulischen und beruflichen Bildungszertifikaten sorgt dafür, dass junge Menschen mit Migrationshintergrund schlechter in Ausbildung und Arbeitsmarkt integriert sind. Darüber hinaus besitzen vorhandene Abschlüsse aus Sicht der Arbeitgeber scheinbar nicht die gleiche Reputationskraft wie bei Personen ohne Migrationshintergrund. Dabei zeigt sich, dass junge Migranten in beiden Domänen – berufliche Bildung und Arbeitsmarkt – schlechter gestellt sind



als die Einheimischen ohne Migrationshintergrund. Zwischen 2005 und 2008 hat sich die Situation für junge Migranten in Deutschland trotz der besseren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen kaum verändert. Doch auch Jugendliche Migrantenkinder mit gleich guter Ausbildung geraten auf dem Jobmarkt ins Hintertreffen. Die OECD-Studie zeigt: Sie verfügen meist über schlechtere Karrierechancen als junge Erwachsene mit einem im Inland geborenen Elternteil.

In Deutschland sind lediglich gering qualifizierte Migrantenkinder vergleichsweise gut integriert: 54 Prozent von ihnen befinden sich in einem Arbeitsverhältnis, während 56 Prozent der Personen ohne Migrationshintergrund einen Job haben. In den meisten anderen Ländern dagegen – insbesondere in Belgien, Frankreich und den Niederlanden – sind gering qualifizierte Migrantenkinder weit häufiger arbeitslos.

In Deutschland klafft die Schere bei den Karrierechancen erst mit steigender Qualifikation. Nachkommen von Einwanderern mit Hoch- oder Fachhochschulabschluss sowie Absolventen höherer beruflicher Bildung sind laut OECD auf dem Arbeitsmarkt deutlich schlechter gestellt als höher qualifizierte Gleichaltrige ohne

Migrationshintergrund. Die OECD hat auch untersucht, welche Rolle das Herkunftsland der Eltern bei der Integration der Kinder in den Arbeitsmarkt spielt. Die Organisation kam zu dem Ergebnis, dass Kinder türkischer Einwanderer in Belgien und Österreich die größten Beschäftigungsdefizite aufweisen. Auch in Deutschland stellte die OECD beträchtliche Unterschiede fest.

Internationale Vergleichsstudien hätten gezeigt, dass in Deutschland schulischer wie beruflicher Erfolg und Misserfolg in besonderem Maße vom Elternhaus abhängen: Häufig werden Verliererbiographien von einer Generation auf die nächste vererbt. Bildung ist ein Grundrecht und sollte jedem Kind und jedem Menschen zugänglich sein.

Die Politik muss die Rahmenbedingungen so gestalten, dass nicht die Herkunft der Eltern über den Bildungserfolg eines Kindes entscheidet. Deshalb brauchen wir eine Bildungs- und Sprachoffensive für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund. Schule hat die Pflicht, eine Wissens- und Wertebasis zu schaffen, die den Respekt voreinander fördert und ein gemeinschaftliches Handeln ermöglicht.

IG Metall Stuttgart unterstützt Kampagne

Mein Style, mein Beruf!

Diese jungen Frauen haben es geschafft - ich kann es auch schaffen. Mit dieser Botschaft wendet sich die Kampagne Mein Style, mein Beruf! an die Öffentlichkeit.

Präsentiert werden fünf junge Frauen in unterschiedlichen, teils frauentypischen Berufen. Die Koordinierungsstelle der Stadt Stuttgart Übergangsmanagement Schule-Beruf, will damit Stuttgarter Hauptschülerinnen Impulse geben, sich mit der eigenen Berufswahl auseinanderzusetzen, nach den eigenen persönlichen Perspektiven zu schauen und auch Alternativen in der Berufsorientierung zu bedenken. Es sollen insbesondere Hauptschülerinnen mit Migrationshintergrund ansprechen.

Die Kampagne wird gestützt durch Ergebnisse der Stuttgarter Schulabsolventenstudie der Jahre 2009 und 2010, die aufzeigt, dass rund die Hälfte aller Mädchen, die einen Hauptschulabschluss absolvieren, sich für einen Beruf als Friseurin, Verkäuferin im Nahrungsmittelhandwerk,



Zahnärzthelferin, Verkäuferin im Einzelhandel und Arzthelferin entscheiden. Die beruflichen Möglichkeiten sind weitaus größer.

Dazu werden fünf Vorbilder (Foto) – junge Frauen aus Stuttgart – vorgestellt, die alle unterschiedlicher Herkunft sind. Sie stehen für die kulturelle Vielfalt der Stadt und haben ihre beruflichen Wege ebenfalls mit einem Hauptschulabschluss begonnen. Diese Biografien sollen Schülerinnen ermutigen, Gleiches zu tun und dabei mutig zu sein. Die IG Metall Stuttgart unterstützt diese Kampagne.

Mehr Infos auf www.stuttgart.de/ruem oder auf www.stuttgart.igm.de

Kommunales Wahlrecht für alle?

Der Koalitionsvertrag der grün-roten Landesregierung bietet durch aktive Integrationspolitik, durch die Öffnung des öffentlichen Dienstes für Migrantinnen und Migranten, durch die Förderung von Integrations- und Orientierungskurse und durch Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse einen Grundstein für eine erfolgreiche Integration von Migranten in Deutschland.

So weit, so gut. Anders sieht es beim Thema Kommunales Wahlrecht für Nicht-Eu-Bürgern aus. Deutschlands erster Ausländerbeauftragter Heinz Kühn schlug schon 1979 ein kommunales Wahlrecht für noch nicht eingebürgerte Zuwanderer vor.

Denn wenn die Eu-Bürger drei Monate nach der Einreise an Kommunalwahlen teilnehmen dürfen, Nicht-Eu-Bürger von den Wahlen ausgeschlossen sind, ist dies eine Form von Diskriminierung nach Staatsbürgerschaft. Es gibt ein Wahlrecht für Nicht-Eu-Bürger auf kommunaler Ebene in vielen europäischen Staaten, wie etwa Schweden, Dänemark, den Niederlanden, Frankreich oder Spanien.

Die grün-rote Landesregierung sieht sich nicht in der Lage diesen Missstand zu ändern. Dafür bräuchte man eine Zweidrittel-Mehrheit im Landtag, bzw. auf Bundesebene. Die doppelte Staatsbürgerschaft und die Abschaffung des Optionsrechts ist aus ihrer Sicht wichtiger. Dem stimmen wir als IG Metall zu, dies löst aber aus unserer Sicht das Problem nur teilweise. Das macht nur Sinn, wenn Migrantinnen und Migranten aus Nicht-Eu-Länder, wie etwa der Türkei oder Kroatien, sich einbürgern könnten ohne ihre türkische oder kroatische Staatsbürgerschaft aufgeben zu müssen.

Dann müssten die Rahmenbedingungen für die Einbürgerung entsprechend gestaltet werden, damit auch langjährige Migrantinnen und Migranten davon profitieren könnten.

50 Jahre deutsch-türkisches Anwerbeabkommen

Veranstaltung am 1. Februar 2012

1961 schloss Deutschland mit der Türkei ein Abkommen zur Anwerbung türkischer Gastarbeiter. 2011 jährt sich zum 50. Mal dieses deutsch-türkische Anwerbeabkommen. Inzwischen leben über zwei Millionen türkische Mitbürgerinnen und Mitbürger in Deutschland. Um diesen Jahrestag gebührend zu begehen, plant die IG Metall Stuttgart gemeinsam mit anderen Verwaltungsstellen eine Veranstaltung.

Am **1. Februar 2012 um 17.30 Uhr** findet in der Filderhalle in Leinfelden-Echterdingen ein Vortragsabend mit Podiumsdiskussion statt.

Als Referenten haben wir Prof. Dr. Klaus-Jürgen Bade, Vorsitzender des Sachverständigenrates für Migration und Integration der Bundesregierung und Mitglied des Interkulturellen Rates, gewonnen. Ebenfalls zugesagt für ein Grußwort hat Bilkay Öney, die Integrationsministerin des Landes Baden-Württemberg.

Wer Interesse hat und zu der Veranstaltung kommen möchte, wird gebeten sich schriftlich anzumelden bei Jordana Vogiatzi, E-Mail: Jordana.Vogiatzi@igmetall.de